Departement des Innern

Departementsvorsteher

Kollegiumstrasse 28
Postfach 2160
6431 Schwyz
Telefon: 041 819 16 00
E-Mail: di@sz.ch

kantonschwyz

Schwyz, 20. November 2026

Kleine Anfrage KA 32/26: Besuchsrechtsverfahren beschleunigen und der Eltern-Kind-Entfremdung wirksam begegnen?
Beantwortung

1. Wortlaut der Kleinen Anfrage

Am 21. Oktober 2026 haben Kantonsrat Julia Cotti folgende Kleine Anfrage eingereicht:

«Im Kanton Schwyz nehmen Besuchsrechtsstreitigkeiten zu – immer mehr Kinder benötigen eine Beistandschaft wegen nicht eingehaltener oder strittiger Besuchsrechte.
Der aktuelle NZZ am Sonntag-Beitrag vom 04.10.2026 mit dem Titel «Mama ist immer so traurig, wenn du bei Papa bist; wie die Eltern-Kind-Entfremdung die Behörden an ihre Grenzen bringt» zeigt, dass Behörden und Gerichte immer häufiger an ihre Grenzen stossen, weil familienrechtliche Verfahren zu langsam sind und verbindliche, rasche Interventionen fehlen.

Im Zentrum steht die perfide Dynamik, bei der ein Elternteil das Kind systematisch gegen den anderen Elternteil einnimmt und so eine emotionale Loyalitätsfalle schafft, die das Kind in einen inneren Konflikt zwischen Liebe und Schuld drängt. Kinder dürfen bei Eheschutzverfahren und sich anbahnenden Scheidungen nicht zum Spielball von Eltern werden, die ihren persönlichen Streit auf den Nachwuchs verlagern. Diese Form von Konfliktbewältigung führt dazu, dass Kinder den Kontakt zum betroffenen Elternteil ablehnen, obwohl keine sachlichen Gründe wie Gewalt oder Vernachlässigung vorliegen.

Die Behörden stehen vor dem Dilemma, zwischen dem geäusserten Kindeswillen und dem tatsächlichen Kindeswohl zu unterscheiden, solange keine raschen Interventionen greifen. Auf Bundesebene plant die Politik Reformen zur Beschleunigung und Verschärfung von Besuchsrechtsverfahren sowie zur Stärkung einvernehmlicher Konfliktlösungen. Das Parlament diskutiert zudem eine explizite Strafbarkeit der Besuchsrechtsverweigerung und eine häufigere Anordnung der alternierenden Obhut auch gegen den Willen eines Elternteils. Parallel dazu hat der Kanton Basel-Stadt ein Pilotprojekt «Kind im Kontakt» eingeführt: Bei gemeldeter Besuchsrechtsverweigerung

erfolgt innert 14 Tagen eine behördlich initiierte Intervention durch zwei Fachpersonen, um Kontaktabbrüche zu verhindern, früh Fakten zu schaffen und dem Gericht bzw. der KESB Empfehlungen zu unterbreiten.

Ich ersuche den Regierungsrat deshalb um die Beantwortung folgender Fragen:

1. *Prüft der Regierungsrat die Einführung eines Pilotprojekts nach dem Vorbild «Kind im Kontakt» in Basel-Stadt, bei dem bei einer gemeldeten Besuchsrechtsverweigerung innert kurzer Frist eine fachliche Intervention erfolgt, um drohende Kontaktabbrüche zwischen Kindern und einem Elternteil zu verhindern?*
2. *Falls nicht, welche alternativen Massnahmen sieht der Regierungsrat für die Beschleunigung der Besuchsrechtsverfahren vor?*

Besten Dank für die Beantwortung meiner Fragen.»

2. Antwort des Departements des Innern

Die Thematik hochstrittiger Elternkonflikte und deren Auswirkungen auf die betroffenen Kinder steht weit oben auf der Prioritätenliste des Departements des Innern. Insbesondere länger andauernde Besuchsrechtsstreitigkeiten und Kontaktabbrüche können für Kinder eine erhebliche psychische Belastung darstellen. Eine frühzeitige, fachlich fundierte und auf das Kindeswohl ausgerichtete Intervention ist deshalb von zentraler Bedeutung.

Das Amt für Kindes und Erwachsenenschutz Innerschwyz (KESI) hat diese Herausforderungen erkannt und einen entsprechenden Handlungsansatz geschaffen. Das entwickelte Pilotprojekt KiBe (kinderzentrierte Beratung) ist beim KESI bereits angelaufen und wird in der Praxis in Anspruch genommen. Ziel des Projekts ist es, bei hochstrittigen Elternkonflikten möglichst frühzeitig und gezielt zu intervenieren, die Bedürfnisse und Interessen der betroffenen Kinder konsequent in den Mittelpunkt zu stellen und einer weiteren Eskalation entgegenzuwirken.

Die kinderzentrierte Beratung setzt insbesondere bei der Konfliktdynamik zwischen den Eltern an. Sie soll dazu beitragen, dass Eltern ihre Verantwortung gegenüber dem Kind unabhängig von ihren persönlichen Auseinandersetzungen wahrnehmen und als Eltern gemeinsam tragfähige Lösungen im Interesse des Kindes entwickeln können.

Das Pilotprojekt verfolgt damit wesentliche Zielsetzungen, die auch dem in der Kleinen Anfrage erwähnten Basler Ansatz «Kind im Kontakt» zugrunde liegen. Dazu gehören insbesondere die frühzeitige Konfliktbearbeitung, die Vermeidung länger dauernder Kontaktabbrüche, die Stärkung der elterlichen Verantwortung sowie die konsequente Orientierung am Kindeswohl.

Ein wesentlicher Vorteil des Pilotprojekts besteht darin, dass die Beratung in die bestehenden Abklärungs- und Verfahrensabläufe der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden eingebettet ist. Dadurch können problematische Entwicklungen frühzeitig durch die zuständigen Fachpersonen erkannt und geeignete Interventionen eingeleitet werden.

2.1 Prüft der Regierungsrat die Einführung eines Pilotprojektes nach dem Vorbild «Kind im Kontakt» in Basel-Stadt, bei dem bei einer gemeldeten Besuchsrechtsverweigerung innert kurzer Frist eine fachliche Intervention erfolgt, um drohende Kontaktabbrüche zwischen Kindern und einem Elternteil zu vermeiden?

Das Departement des Innern erachtet die Einführung eines zusätzlichen Pilotprojekts nach dem Vorbild «Kind im Kontakt» zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht als notwendig.

Mit dem bereits laufenden Pilotprojekt KiBe verfügt der Kanton Schwyz über einen Ansatz, der auf die frühzeitige Bearbeitung hochstrittiger Elternkonflikte und die Vermeidung einer weiteren Eskalation ausgerichtet ist.

Die Einführung eines weiteren, in wesentlichen Zielsetzungen vergleichbaren Pilotprojekts würde zu inhaltlichen und organisatorischen Doppelspurigkeit führen. Insbesondere bestünde die Gefahr, dass parallele Beratungs- und Interventionsstrukturen geschaffen würden, deren Zuständigkeiten und Schnittstellen zusätzlich geklärt und koordiniert werden müssten.

Dies würde nicht nur zusätzliche personelle und finanzielle Ressourcen beanspruchen, sondern könnte auch zu einer Fragmentierung der bestehenden Abläufe führen. Gerade bei hochstrittigen Elternkonflikten sind jedoch klare Zuständigkeiten, koordinierte Interventionen und möglichst kontinuierliche fachliche Begleitung von besonderer Bedeutung.

Aus Sicht des Departements des Innern ist es deshalb zielführender, die vorhandenen Ressourcen auf die konsequente Umsetzung, Weiterentwicklung und Evaluation des bereits angelaufenen Pilotprojekts KiBe zu konzentrieren, anstatt gleichzeitig ein weiteres Modell mit vergleichbarer Zielsetzung einzuführen.

Das Departement des Innern hält es für angezeigt, zunächst die Erfahrungen und Ergebnisse des laufenden Pilotprojekts abzuwarten. Diese werden im Verlauf des Jahres 2027 erwartet. Gestützt darauf kann beurteilt werden, ob und in welchen Bereichen ergänzende Massnahmen oder Anpassungen angezeigt sind.

2.2 Falls nicht, welche alternativen Massnahmen sieht der Regierungsrat für die Beschleunigung der Besuchsrechtsverfahren vor?

Das Departement des Innern setzt in erster Linie auf die Weiterführung und gezielte Weiterentwicklung des Pilotprojekts KiBe. Der gewählte Ansatz verfolgt das Ziel, hochstrittige Elternkonflikte möglichst frühzeitig zu bearbeiten und dadurch langwierige Verfahren sowie wiederholte behördliche Interventionen nach Möglichkeit zu vermeiden.

- **Frühzeitige Intervention:** Konfliktdynamiken sollen möglichst früh erkannt und bearbeitet werden, bevor sich die Situation weiter verhärtet und Kontaktabbruch entsteht.
- **Konsequente Kinderzentrierung:** Im Vordergrund stehen die Bedürfnisse, die Entwicklung und das Wohl des Kindes und nicht die gegenseitigen Forderungen der Eltern.
- **Stärkung der elterlichen Verantwortung:** Die Eltern sollen befähigt werden, ihre Konflikte von den Bedürfnissen des Kindes zu trennen und eigenverantwortlich tragfähige Lösungen zu entwickeln.
- **Integration in bestehende Verfahren:** Die Einbettung in die behördlichen Abläufe ermöglicht eine koordinierte Bearbeitung, ohne zusätzliche parallele Zuständigkeiten aufzubauen.
- **Effizienter Ressourceneinsatz**: Durch frühzeitige Beratung und Konfliktbearbeitung sollen nach Möglichkeit wiederholte Abklärungen, langwierige Auseinandersetzungen und zusätzliche behördliche Massnahmen reduziert werden.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass Besuchsrechtskonflikte häufig komplexe familiäre und psychologische Fragestellungen aufwerfen. Eine möglichst rasche Intervention ist zwar anzustreben, darf jedoch nicht zulasten einer sorgfältigen Sachverhaltsabklärung oder der angemessenen Berücksichtigung des Kindeswillens und des Kindeswohls erfolgen.

Insbesondere ist zwischen einer unbegründeten Kontaktverweigerung und einer Kontaktablehnung aufgrund tatsächlicher Belastungen oder Gefährdungen des Kindes zu unterscheiden. Eine schematische Intervention innerhalb einer starren Frist wird diesen unterschiedlichen Ausgangslagen nicht in jedem Fall gerecht.

Das Departement des Innern ist überzeugt, dass mit dem Pilotprojekt KiBe ein zweckmässiger Weg eingeschlagen wurde, um hochstrittigen Elternkonflikten frühzeitig und wirksam zu begegnen. Ein zusätzlicher paralleler Pilotversuch erscheint deshalb derzeit weder fachlich noch organisatorisch angezeigt.

Die Erfahrungen aus dem laufenden Pilotprojekt sollen ausgewertet und für die weitere Optimierung der Verfahren im Kindesschutz genutzt werden. Dabei können auch Erkenntnisse aus anderen Kantonen, insbesondere aus dem Basler Modell «Kind im Kontakt», berücksichtigt werden, ohne dass hierfür ein eigenständiges zusätzliches Pilotprojekt geschaffen werden muss.

3. Zustellung

Mitglieder des Kantonsrates; Mitglieder des Regierungsrates; Staatsschreiber; Departemente; Sekretariat des Kantonsrates (Weiterleitung an Medien via Kommunikation).

Departement des Innern des Kantons Schwyz
Der Departementsvorsteher:

Damian Meier, Regierungsrat